

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Juli 1920

Anzeigenpreis: Berichts-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzelpaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 73

Die Saat von Nürnberg

In Nürnberg, der alten Glöckstadt, nicht minder gesegnet mit Schätzen der Arbeit wie reich an Kämpfen der Arbeiterschaft um die Befreiung aus wirtschaftlichen Ketten, haben die Vertreter der Buchdrucker aus allen Ecken Deutschlands vom 14. bis 24. Juni d. S. an elf ersten, oft lärmlich bewegten Verhandlungstagen mit dem Besten Schwert und des Rechts Panier um die prinzipielle Grundsteinlegung einer zeitgemäßen Neuorientierung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker miteinander gerungen. Noch liegen die Umrisse dieses Fundaments inmitten von allbewährten und widerfesten Quadern des bisherigen Organisationsgebäudes eingebettet. Sie harren der zukünftigen Herausarbeitung durch einmütiges Zusammenarbeiten der gesamten Kollegenschaft mit ihren auswärts gewählten Führern.

Es wäre daher ein vorwichtiges Beginnen, wenn wir jetzt schon in einem zusammenfassenden Rückblick auf den Verlauf und die Ergebnisse dieser denkwürdigen Tagung mit einem abschließenden Urteile hervortreten wollten. Uns kann vorläufig nur die Aufgabe zufallen, in allgemeinen Hinweisen davon Zeugnis abzulegen, was wir als Ratgeber der Kollegenschaft im großen und ganzen über das denken, was sich in Nürnberg nach Rede und Gegenrede als neue Richtlinien und neue Werkzeuge zur Erreichung einer besseren und freieren Zukunft für uns als Arbeiter im allgemeinen und als Buchdrucker im besonderen ergeben hat.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft waren die Pole, um die sich der eifrigste Kampf der Geister gruppierte. Scharfe Rechenhaft wurde gefordert und abgeleitet, über das, was war und was geschehen ist. Bezeichnenderweise wurde in den beiden ersten Tagen mehr um Vergangenheit als um Zukünftiges gestritten. Die Gegenwart, auf die sich doch der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes in erster Linie erstreckte, kam dabei erschlossen zu kurz. Nur einige Redner hielten sich daran gebunden. Es war eben die gleiche Erscheinung, die auf allen Verbandstagungen der letzten Zeit zu beobachten war: ein großer Meinungsaustausch über die Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung seit Kriegsausbruch und willkürliche Konstruktione einer historischen Schuld der Gewerkschaftsleitungen am Krieges selbst und an der infolge dessen eingetretenen Verelendung der Arbeiterschaft. Manchmal glauben wir uns zurückzuversetzen auf den vorjährigen Gewerkschaftskongress, auf dem alle die verschiedenen Streitfragen ihre erstmalige breite Aufstellung erfuhren. Die Debatte auf unserer Generalversammlung war nur eine Kopie jener Vorwürfe, die Robert Dittmann und Richard Müller, die beiden Metallarbeiterführer, die heute selbst in schwerster Fehde liegen, auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress gegen die Generalkommission erhoben. Mit den gleichen Argumenten und Zitate wurde gearbeitet. Richtiger wäre es gewesen, der fräurigen Gegenwart die Hauptaufmerksamkeit zuzuwenden, und darüber die nächste Zukunft nicht zu vergessen, denn an der Vergangenheit ist nichts mehr zu ändern. Wer die von den Gewerkschaften geleistete Arbeit von parteipolitischen Gesichtspunkt und unter Außerachtlassung der tatsächlichen Verhältnisse bei Beginn und während des Krieges beurteilt, der kann leicht zu der Auffassung kommen, daß dieser oder jener Beschluß falsch war, diese oder jene Handlungsweise besser unterblieben wäre. Derjenige Beurteiler aber, der als Praktiker mitten in der aufreibenden Alltagsarbeit steht, wird anerkennen, daß alles, was unter ganz andersartigen politischen Machtverhältnissen von den Gewerkschaftsleitungen nach reiflicher Überlegung getan wurde, den gegebenen Verhältnissen entsprechend notwendig und richtig war. Die meisten der heute einer lebhaften Kritik ausgesetzten Beschlüsse und Handlungen entsanknen einer Zeit, wo mit einem militärischen Zusammenbruch Deutschlands und einer daraus resultierenden staatlichen Annullierung noch nicht im entferntesten zu rechnen war. Der endgültige Abschluß der rickumstrittenen Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen

und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands ist allerdings erst nach der Revolution, am 15. November 1918, zustande gekommen. Wir verkennen die von der Opposition vorgebrachten Gründe gegen die Arbeitsgemeinschaften angeht der Bewertung dieser Einrichtung auf Unternehmenseite keineswegs, müssen aber doch sagen, daß bessere Wege nicht gezeigt wurden, die in der Zeit bis zur Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft im Interesse der Arbeiterschaft mit Erfolg beschriftet werden könnten. Der Zeitpunkt, an dem die Arbeiterschaft in den Besitz der ökonomischen und politischen Macht gelangt wird, ist noch fern. Um so weniger kann darauf verzichtet werden, den Vortritt der Arbeiterschaft durch entsprechende Stützpunkte zu sichern. Einen dieser Stützpunkte aber kann man sehr wohl in der Arbeitsgemeinschaft erblicken, in der sämtliche Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Die Notwendigkeit des Kompromisses bleibt in dieser Frage fastjächlich das Entscheidende. Ohne das Zusammenwirken der Organisationen aller Wirtschaftsfaktoren gibt es keine wirtschaftliche Wiederbelebung und folgerichtig auch keinen Sozialismus. Nichts aber ist wichtiger als die entwicklungsgemäße Überführung aller das Wirtschaftsleben bewegenden Kräfte in die neue Wirtschaftsschicht und Gesellschaftsordnung. Im übrigen aber halten wir mit unterm Verbandsvorstandes Kollegen sich das Verbleiben in der Arbeitsgemeinschaft für eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Erweist sich mit der Zeit die gewerkschaftliche Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften als unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterschaft, dann wird die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes allen beteiligten Organisationen ohne weiteres den Rücktritt nahelegen. Bis dahin aber sollte sich niemand den klaren Blick trüben lassen durch Argumente gegen die Arbeitsgemeinschaften, wie sie nach gleichem Muster früher gegen die Tarifverträge von gegnerischer Seite ins Feld geführt wurden. Besonders aber sollten es Einzelorganisationen ablehnen, die Richtlinien des letzten Gewerkschaftskongresses hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaften auf eigene Faust zu durchkreuzen. Unfre Organisation lehnte es ab, eigene Wege in dieser Frage einzuschlagen. Dem Verbandsvorstande wurde mit gewaltiger Majorität ein Vertrauensvotum ausgestellt für seine Tätigkeit.

Bei der Frage des Zusammenschlusses der graphischen Organisationen drehte sich der Meinungsstreit mehr um den Weg zum erstrebten Ziel als um das Ziel selbst. Zwei Richtungen standen sich in Nürnberg gegenüber. Die eine wollte auf der unsicheren Grundlage der Betriebsräte einen schwankenden Neubau errichten, während die andre Richtung durch organische Fortentwicklung auf der Grundlage der bestehenden graphischen Zentralverbände einen eigenen Zusammenschluß herbeiführen will. Die Formen und Methoden der Unternehmerverbände bei der Bekämpfung von Arbeiterforderungen sind bisher bestimmend gewesen für die Organisationsform und die Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft. Der Zusammenschluß der einzelnen Fachverbände einer Industrie zu einer gemeinschaftlichen Organisation wird zur inneren Notwendigkeit, wenn die Unternehmerverbände sich enger koalieren, wie das in der graphischen Industrie zu verzeichnen ist. In der Form eines Tarifverbandes erblickt die Unternehmer der graphischen Industrie die beste Abwehrorganisation. Kein denkbarer Arbeiter wird zögern, aus dieser Tatsache die einzig richtige Konsequenz zu ziehen. Die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses der Arbeiter in der graphischen Industrie liegt klar auf der Hand. Die Unternehmer der auch in graphischen Gewerbe mehr und mehr Ausdehnung gewinnenden Großbetriebe müssen sich dem geschlossenen Willen der Arbeiter aller Branchen gegenübersehen. In langer und schwieriger aufbauender Gewerkschaftsarbeit ist von den einzelnen Verbänden der graphischen Industrie der organisierte Zusammenschluß vorbereitet worden, und die in weit stärkerem Maß als früher fortwährende Betriebskonzentration im graphischen Gewerbe sowie die Zusammenarbeit der Betriebsräte auf wirtschaftlichem Ge-

biete machten die Gründung des Graphischen Bundes am 17. November 1919 zur gebieterischen Notwendigkeit. Dieser Bund gilt als Vorläufer eines graphischen Industrieverbandes. Der Geschäftsführer des Graphischen Bundes, Kollege Schweinüb, war in der Lage, der Generalversammlung einen Tätigkeitsbericht zu geben, aus dem recht deutlich zu ersehen war, welches umfassende Wirkungsgebiet zu beachten ist. Ohne weiteres zu einem graphischen Industrieverbande zu gelangen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Schwierigkeiten des Zusammenschlusses aller graphischen Organisationen auf zentraler Grundlage liegen im notwendigen Ausgleich der einzelnen Verbände mit der Spitzenorganisation der Buchdrucker. Es braucht eben alles seine Zeit. Die Entwicklung läßt sich auch auf diesem Gebiete nicht mit Gewalt vorwärtsdrängen. Und Kollege Molini, dieser erprobte und erprobte Funktionär, den sicherlich niemand ernsthaft der Selbstverleugung bezichtigen kann, er tat durchaus recht daran, wenn er in der Debatte darauf hinwies, daß schöne Gedanken schneller ausgesprochen als realisiert seien. Alles bedürfte der Vorbereitung und organischen Entwicklung. Die Verhältnisse müßten sich erst ausreifen, ehe praktische Zusammenarbeit möglich sei. Die graphischen Arbeiterverbände mußten sich erst selbst mehr durchsetzen und die Arbeitsbedingungen auf einen Stand bringen, der ein einheitliches Vorgehen ermöglichte. Der Berliner Gauvorkämpfer wies aber auch überzeugend darauf hin, wie die politische Zerrissenheit der Arbeiter die Erreichung des politischen Zieles gewaltig erschweren, obwohl doch in der Frage des Industrieverbandes alles auf den wirtschaftlichen Effekt angelegt sein müßte.

Der graphische Industrieverband auf der Grundlage des Tarifsystems, wie ihn die Opposition in Nürnberg erstrebte, stellt jedenfalls ein organisatorisches Zukunftsgebilde dar, dessen Wirkungsmöglichkeit an ganz andre allgemeinerwirtschaftliche Verhältnisse gebunden ist, als sie zur Zeit vorhanden sind. Aus diesem Grund entschied sich unsere Generalversammlung für eine in der Gegenwart anwendbare Organisationsform, mit deren Hilfe es sicher gelingen wird, der wirtschaftlichen Macht des koalitierten Unternehmeriums eine ziel- und wissenschaftliche Massenbewegung entgegenzusetzen. Sämtliche graphischen Kartelle haben sich den Richtlinien des Graphischen Bundes anzupassen. Weitergehende Wünsche können nur auf demokratischem Weg ihrer Erfüllung nähergebracht werden.

Auf internationalen Gebiete werden, den Beschlüssen der Nürnberger Generalversammlung entsprechend, die deutschen Buchdrucker alles tun, um die infolge des Krieges gelockerten Beziehungen zwischen den Berufsgruppen aller Länder zu festigen und neu zu knüpfen. Die inneren Ursachen des gewerkschaftlichen Kampfes für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sind überall die gleichen, wo Kapital und Arbeit in Wechselwirkung treten, und die Bestrebungen der Bucharbeiter des einzelnen Landes gestalten sich wesentlich ausfächerlicher, wenn das gleiche kulturelle Streben in den übrigen Ländern ebenfalls zu verzeichnen ist. Bei dieser einfachen Sachlage verbieten sich Überschwenglichkeiten und Anbiederungen — wie sie in der politischen Internationale häufig zu verzeichnen sind — von selbst. Dentensprechend waren auch die eindringlichen Entsprachen der ausländischen Vertreter gehalten.

Der enge Zusammenhang zwischen „draußen“ und „drinnen“ zeigte sich auch in der Nürnberger Auseinandersetzung über die bisherigen Organisationsformen und -prinzipien innerhalb unseres Verbandes. Wenn hier sah sich der sogenannte neue Zeitgeist teilweise vor offene Tore gestellt, die unter früheren politischen und wirtschaftlichen Zwangsverhältnissen für die Gewerkschaften eine viel engerer Bewegungsfreiheit umgrenzten. Wenn aber trotz der hochgehenden Nürnberger Debatte über die Neuorientierung im Verband und zur Tariffrage angeht der großen und verwickelten Schwierigkeiten und der gefährlichen Klippen der rauen Gegenwart: verhältnisse auch hier kein höheres Abwehrmittel lag und fertig aus der Taufe gehoben werden konnte, so lag dies weniger am

Wollen als am Können, und zwar hüben wie drüben. Um so erfreulicher ist es daher, daß der große Kampf der Gewerkschaften in Nürnberg dennoch besuchende Niederschläge in verschiedenen Richtungen brachte, wo es sich um den inneren Ausbau unserer Organisation gehandelt hat.

Denn gerade in die neue Fassung der grundsätzlichen Teile des Verbandsstatuts sind Samenkörner eingepflanzt worden, die auch der idealsten Auffassung über die Aufgaben der Gewerkschaften für die Zukunft ein weites Feld der Befähigung bieten. Sowohl die materiellen wie die ideellen Verbandsziele sind zum größten Teil von ihrer bisherigen starren Form befreit worden. In erster Linie gilt dies für die Frage der politischen Neutralität. Die neue Fassung läßt die Verfolgung allgemeiner wirtschafts-, sozialpolitischer und kultureller Aufgaben in weitestem Maße zu. Sie verbietet lediglich jede einseitige parteipolitische Bevormundung; wie auch auf religiösem Gebiete nach wie vor jeder nach seiner Gattung folgt werden soll. Wer seine parteipolitischen oder religiösen Theorien als wurzelfest betrachtet, der hat ja auch gar nicht nötig, sein Theorienreden auf allen Plätzen und in allen Winkeln als alleinigmachend anpreisen zu müssen. Wer in einseitiger Weise auf die materialistische Gesellschaftsauffassung eingeschworen ist, kann den Dingen ihren Lauf lassen; mögen ihm noch so viele Widerstände entgegenstehen, die Entwicklung läuft die materialistische Gesellschaftslehre nach seiner Auffassung trotzdem doch hin, wo er sich wohl fühlt; das gleiche gilt für religiöse Grundfälle. Dadurch erbringt es sich, die Gewerkschaften zu parteipolitischen oder konfessionellen Zusammenschlüssen zu machen. Jede gegenteilige Strömung würde nur beweisen, daß die geistige Entwicklung der Arbeiterfragen in spanische Stiefel gedrängt werden soll. Für die Gewerkschaften gibt es nur eine allgemeine Arbeiterpolitik, die einzig und allein durch den Klassenkampf aller Arbeiterklasse bedingt ist. Der gegenwärtige Parteistand im politischen Leben zeigt gerade durch seine Ohnmacht gegenüber jeder praktischen Wirtschafts- und Kulturpolitik, wie notwendig es ist, solche Streitigkeiten von den Gewerkschaften fernzuhalten.

Diesem Einheitsgedanken jeder Gewerkschaftspolitik entspricht es denn auch, daß in den Richtlinien des ersten und programmatischen Paragraphen des neuen Verbandsstatuts kurz und bündig an erster Stelle zum Ausdruck kommt: „Erfüllungsgünstiger Arbeitsbedingungen“. Ohne jedes theoretische oder prinzipielle Beiwerk ist damit das grundsätzliche Bekenntnis zu praktischer Gegenwartigkeit ausgesprochen. Unsere Arbeitskraft ist unser Vermögen, unser Lebensquell. Sie zu schützen, zu stärken und zu fördern ist unsere oberste gewerkschaftliche Aufgabe, auf daß sie stärker wird als alle privatrechtlichen Sophismen, Maschinenabwehr, Handgranaten u. dgl. Hier steht die Seele aller gewerkschaftlichen Kulturarbeit in nur drei Worten ohne jede Einschränkung als Wegweiser für die harte Gegenwart.

Aber die raube Gegenwart hinaus, in eine bessere Zukunft weist uns jedoch die weitere Richtlinie mit den ebenso knappen Worten: „Erfolgung einer gemeinschaftlichen Produktionsweise“. Dieser Grundsatz führt unsere zukünftige Gewerkschaftsarbeit aus dem engen Rahmen einseitiger Berufsinteressen heraus und bringt sie in direkte Verbindung mit dem großen Kulturproblem des Sozialismus. Dieser ideale Kernpunkt der Neuorientierung hat in dem Nürnberger Geisteskampf um die Rätelfrage, die Schaefferische Berufsgewerkschaft und die Tarifgemeinschaft alle Kräfte einseitig. Nach vier bis fünfzig harnächtigen Ringen verdrängte sich die Aussprache sowohl auf der schon angeführten statutarischen Erweiterung wie auch auf der in Nr. 69 des „Korr.“ abgedruckten programmatischen Erklärung zur Frage der Tarifgemeinschaft. In völliger Übereinstimmung mit dem neuen Verbandsstatut wird darin grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen festgehalten, wird ferner in einem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinschaft eine erste Zukunftsaufgabe erblickt. Sowohl die von der Opposition verfolgte Rätelbewegung wie die Schaefferische Berufsgewerkschaft, in der übrigens der Rätelgedanke schon als Zelle einer gemeinschaftlichen Produktionsform enthalten ist, bedürfen in einzelnen Teilen noch der Klärung, einer tieferen Ausarbeitung, wie auch eines allgemeineren Verständnisses in der Kollegenschaft, ehe sie als sichere Grundlage einer völligen Neugegestaltung des komplizierten Produktionsprozesses im Sinne einer praktischen gemeinschaftlichen Produktionsweise dienen können. Es wird Sache aller vorwärtsstrebenden Kollegen sein, diese Probleme auf der Grundlage der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Organisationskräfte von den ihnen noch anhaftenden Schwächen und Mängeln zu reinigen und klügelnd zu verfeinern. Bis dahin aber wird der organische Ausbau und Ausbau der Tarifgemeinschaft noch der einzig mögliche und sicherste Weg bleiben, auf dem für uns eine einigermaßen erträgliche Übergangsperiode in eine bessere Zukunft geschaffen werden kann.

Die in der schon erwähnten programmatischen Entscheidung der Generalversammlung zur Tariffrage auf-

gestellten weiteren Richtlinien (vergl. Nr. 69 des „Korr.“) werden für die Tarifgemeinschaft zweifellos eine bittere erste Feuerprobe darstellen. Es wird angesichts der realistischen Gegenströmungen auf Unternehmenseite die ganze Macht unserer Organisation wie jene aller übrigen graphischen Arbeiterorganisationen nötig sein, um diesen bevorstehenden Kampf um einen zeitgemäßen Ausbau der Tarifgemeinschaft zu bestehen. Auf diese Schwierigkeiten wurden denn auch in Nürnberg alle weiteren Maßnahmen und Beschlüsse eingeleitet. Die einseitige Erkenntnis, daß die zu erwartenden Widerstände nur durch eine enge und geschlossene Kollegenschaft zu überwinden sein werden, hat dazu geführt, daß einem stärkeren und praktischeren Ausbau der Verbandsinstanzen ein erweitertes Mitbestimmungsrecht der Kollegenschaft durch Abstimmung in wichtigen organisatorischen und tariflichen Fragen zur Seite gestellt wurde. Die Eingliederung der Spartenobmänner in den Verbandsvorstand mit der Ergänzung durch vier Vertreter der Handwerker gibt unserer Verbandsleitung heute schon den Charakter einer Industrierwerbsleistung im kleinen, während der weitere Ausbau des Graphischen Bundes in absehbarer Zeit sich dem Charakter eines großen Industrierwerbsverbandes für das graphische Gewerbe nähern wird. Die „Pflege der Fachbildung“ und die „Unterhaltung einer Lehrlingsabteilung“ im Verband im Zusammenhange mit einer tatkräftigen Förderung der allgemeinen Bildungsbestrebungen durch den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker als neue Bausteine werden den ideellen wie materiellen Kontakt aller Organisationskräfte in gleicher Richtung festigen und unsern Verband zu einem immer stärkeren Bollwerk gegen den kulturwidrigen Klassenkampf einseitiger Unternehmerinteressen werden lassen.

Als erfreuliche Betonung gewerkschaftlichen Geistes ist es der Nürnberger Generalversammlung ferner zur Ehre auszurechnen, daß sie für eine weitere Belastung des Verbandes durch neue Unterstützungsrichtungen keine Sympathie zu erkennen gab, daß vielmehr klipp und klar ausgesprochen wurde, auf diesem Gebiete das Hauptaugenmerk einzig und allein auf einen stärkeren Ausbau der staatlichen Sozialversicherung zu richten, und daß parallel mit diesem Ausbau die gewerkschaftlichen Unterstützungsstellen abgebaut werden sollten. Von diesem Standpunkt aus sind denn auch die neuen Sätze in den einzelnen Unterstützungsstellen zu bewerten. Wir glauben, angesichts der Fassungslage für die gewerkschaftlichen Aufgaben über diesen Punkt keine weiteren Ausführungen machen zu müssen. Die beste Lösung auf materiellem Gebiete ergab sich durch die einmütige Beschlußfassung über den Verbandsbeitrag. In dieser Veranschaulichung fand der ideale und prinzipielle Meinungsaustausch eine praktische materielle Befestigung, die, allen Gefahren zum Trotz, zu den besten Lösungen für die gewerkschaftliche Wehrkraft unseres Verbandes in Zukunft berechtigt.

Wer unter solchen Gesichtspunkten die Saat von Nürnberg als Verbandsmitglied zu würdigen befreit ist und dabei mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Tatsachen bleibt, der kann sich mit verstärkter Kraft und Eingebung auf den Boden der neuen Verbandsverfassung stellen. Trotz der Erklärung der Opposition, wonach deren Vertreter aus prinzipiellen Gründen den gefassten Beschlüssen der Statutberatungskommission und der Entschließung zur Tariffrage ihre Zustimmung nicht geben konnten, sind wir der Auffassung, daß dies kein ernsthaft denkendes Verbandsmitglied davon abhalten könnte oder sollte, sich auf den Boden der nunmehr gegebenen Tatsachen zu stellen. Die auf der Nürnberger Generalversammlung nach umfangreicher Rede und Gegenrede zustande gekommenen Beschlüsse stützen sich auf eine Mehrheit, der sich auch die Minderheit unterwerfen kann und muß, wenn sie nicht alle demokratischen Grundfälle über Bord werfen oder mit Füßen treten will. Damit soll noch lange nicht gesagt sein, daß nun der geistige Entwicklungsprozess zum Stillstande kommen soll. Als praktisch denkende Männer müssen wir sogar wünschen, daß auch in Zukunft jeder nach besten Kräften bemüht bleibt, dem Fortschritt zu dienen. Hier heißt es jedoch, das eine tun und das andre nicht lassen. Wenn wir wirklich vorwärtskommen wollen, dann muß mit allen Kräften verhandelt werden, das Nächstliegende zu tun, d. h. für eine geschlossene Anerkennung und Durchführung unserer neuen Verbandsverfassung im Hinblick auf die bevorstehende Neugegestaltung des Tarifs unter allen Umständen einzutreten und sie sich selbst zur Richtschnur zu nehmen. Nur dadurch wird es möglich sein, zu beweisen, ob sie den Zeitverhältnissen entspricht oder nicht. Sollten sich dabei Mängel ergeben, so werden auch diese um so leichter zu beseitigen sein, je sachlicher und kollegialer der zukünftige Meinungsaustausch darüber geführt werden wird. Gerade die Kollegen der gegenwärtigen Opposition, deren Vertreter in Nürnberg mehr als einmal von sich besaßen, daß sie den geistig fortgeschrittenen Teil der Kollegenschaft umfassen, hätten nunmehr auf dem Boden des neuen Verbandsstatuts in den Beratungen wie an den Arbeitsstätten die beste Gelegenheit, ihre geistige Überlegenheit nicht in starrem Festhalten an noch nicht bewährten Theorien oder Organisationsformen, sondern in praktischer Mäßigkeit auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zur Anerkennung zu

bringen. Wir sind überzeugt davon, daß nicht wenige der oppositionell gesinnten Kollegen aus dem Nürnberger Auseinandersetzungen erkannt haben, daß es nicht böser Wille war, der ihnen eine so beträchtliche Mehrheit gegenüberstellte, sondern die ominösen Verhältnisse. Wie auch von der Mehrheit des öfteren anerkannt wurde, daß manche Gesichtspunkte der Opposition sehr verlockend und logisch sind, leider aber zu den realen Tatsachen noch in einem viel zu großen Gegensatz stehen. Da wäre es denn doch das natürlichste und einfachste, wenn sich an der Quelle des Nürnberger Zungbrunnens die Geister innerhalb unserer Organisation wenigstens für die kommende schwere Zeit zu einem wahren „Bürgfrieden“ verbinden würden, und zwar von der Erkenntnis aus, daß wir unter uns keine Feinde oder Gegner haben sollten. Was nützt es, wenn eine kleine Minderheit im gewiß berechtigten Groll über die Angunst der Verhältnisse, die uns eine jahrhundertlange Entwicklung aufzulegen hat, mit mehr Eifer als Besonnenheit den steilen Berg hinanstürmen will, dabei die Fühlung mit den Massen verliert und sich nutzlos aufopfert, während ihre Kräfte für Reich und Glied der großen Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verloren gehen?

Das sind in der Hauptsache unsere Gedanken über den Verlauf und die wichtigsten Ergebnisse der Nürnberger Generalversammlung. Was an unserm Teil gelegen ist, diese Saat zur legenden Reife für die gesamte Kollegenschaft zu bringen, wird mit allen Kräften geschehen. In dieser Pflicht kann uns nichts hindern; nicht einmal das hier unterbrochene Haberdreibeiben gegen die „Korr.“-Redaktion. Denn auch dieses war ja im Grunde genommen zum großen Teil nichts andres als der unvollkommene Ausdruck unvollkommener Verhältnisse, dem man um so mehr ausgeht, je mehr man „Farbe bekennen“ muß; wobei leider nur zu oft verborgen bleiben muß, aus welchen „Chemikalien“ diese Farbe zusammengebraut werden mußte. Im Gesamtbilde der Nürnberger Tagung hat es fast föhentlich nicht an Unklugheit gefehlt, bei denen wir sowohl von links wie rechts allbekannte Seiten in unserm Redaktionsstrio mitklügeln wollten. Und mehr als einmal mußten wir uns sagen: „Gang wie bei uns!“ Die Generalversammlung war in diesem Sinne das Spiegelbild unseres ganzen Verbandes. Weil ehrlich und sachlich miteinander gekämpft wurde, konnte ohne jede Diktatur aus dem Labrynth erster Erfahrungen der Vergangenheit und kühner Hoffnungen für die Zukunft nur der goldene Mittelweg für die Gegenwart gefunden werden. Wir sind der Überzeugung: „Es führt kein anderer Weg nach Südnacht!“ Diese Überzeugung hat sich nach schwerem Meinungskampf inzwischen auch in der Leipziger Kollegenschaft erfreulicherweise Bahn gebrochen, in dem sie die Beschlüsse der Generalversammlung als für ihr ferneres Wirken maßgebend anerkannte und weiter dem Wunsch Ausdruck gab, daß der unansehnliche Gruberstreit nunmehr begraben sein möge. An der gesamten Kollegenschaft wird es nun liegen, voll zu erfüllen, was es für die Zukunft für alle zu bedeuten hat, wenn Müllin, der stürmerische Führer der Berliner Kollegenschaft, den hehren Rittschwur als Gebührens und Ausgang der Nürnberger Generalversammlung der Kollegenschaft des gesamten Verbandes zurück:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Dortmund. In der Ortsvereinsversammlung am 30. Mai erstattete Kollege Schippers einen ausführlichen Bericht von der Kreisversammlung, die über die vom Tarifauschuss für das besetzte und Industriegebiet zugestellte Verrechnung der bisher gezahlten Teuerungszuschläge zu beraten hatte. Das mittlere Ergebnis (10 Mk. für Vorbereitete, 4 Mk. für Ledige auf die bisherigen Löhne) wurde von der Versammlung mit Entrüstung aufgenommen. Mehrere Redner gaben sich das wenig soziale Verständnis der Prinzipalität für die auch jetzt noch herrschende Teuerung im Industriegebiete. Die Versammlung erklärte unter scharfen Protesten ihr Einverständnis mit den Abmachungen. Am 5. Juni sollen im Kreis II neue Verhandlungen stattfinden. Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit unserer Vertreter einverstanden, von der Ausnahme einer „papiernen“ Resolution wurde wegen Aufschlags Abstand genommen.

Düsseldorf. Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht. In der Generalversammlung wurde an Stelle des von hier verzogenen bisherigen Vorsitzenden Kollege B. Klein zum Vorsitzenden gewählt. — Die Versammlung vom 18. April beschäftigte sich u. a. mit der Abschaffung der Nachtarbeit. Während unter alter Bahnbrecher für die Befreiung der Nachtarbeit, Kollege Becker, für restlose Befreiung eintrat, war man der Meinung, daß für Zeitungsbetriebe die Nachtarbeit von Sonnabend auf Sonntag und von Sonntag zum Montag ganz auf befreit werden könne. — Am 24. April versammelte der Verein einen künstlerischen Unterhaltungsausschuss, bei dem der Vortrag „Gutenberg“ und mehrere Einzelkräfte sich in selbstloser Weise zur Verfügung stellten. Allen sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Der Verein

zählt sich 110 Mitglieder. Gegen Beginn des Jahres ist in letzter Zeit eine Besserung im Verfallungsbesitz eingetreten; doch läßt der Besuch noch zu wünschen übrig. Seit Anfang des Jahres veranfaßt der Verein einen Zirkelkursus, wozu die Buchdruckerei Gerlich & Co. dankenswerterweise ihren Betrieb zur Verfügung stellte. Dank sei auch an dieser Stelle ausgesprochen der Firma Rodtbroh-Werke in Seidenau für die kostenlose Abarbeitung der Prägenplatte sowie den Farbenfabriken Berger & Wirth, Hoffmann, Steinbergische Farbwerke, Dr. Köwinski für Lieferung der Farbe.

B. Kreisfeld. In der diesjährige Bezirksversammlung fand am 30. Mai statt und wurde von dem nun am Schlußgebiet der Höhe lebenden Gesangsverein „Euphonia“ mit dem Freiheitschor „Märzluft“ eröffnet. Kollege Sandfort begrüßte sodann die Erzhörsenen, besonders die Auswärtsigen und unsern Gehilfenvertreter Klein (Stuttgarter), der uns über die letzte Tarifauschubstung berichtete. Der Vorsitzende erstattete sodann einen kurzen Bericht über die Zeit seit der letzten Bezirksversammlung und verbreitete sich über die derzeitige kritische Lage in unserm Gewerbe. Der Punkt „Vorlausewahl“ wurde durch Befestigung des von der Generalversammlung des Vororts im Februar gewählten Vorstandes erledigt. Der Bezirksbeitrag wurde für alle Bezirksorte einheitslich auf 40 Pfg. festgelegt. Hierauf ergriff Kollege Klein das Wort und schilderte uns die Mängel des Tarifauschubes. Auch gab er uns ein Bild von der allgemeinen Lage, die besonders unsern Arbeitsmarkt schwer bedroht. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Klein riefen eine lebhafteste Diskussion hervor. Bemängelt wurde, daß die Steuerungsulage auch diesmal wieder zu niedrig sei, indem gerade in der letzten Zeit eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten sei. Auch das späte Inkrafttreten und die große Stöpfung wurden kritisiert. Trotzdem wurde anerkannt, daß die Gehilfenvertreter ihr Möglichstes getan haben, um die Lage der Gehilfen zu heben. Von einigen Kollegen wurde auch bemängelt, daß die angeregte Ausgleichskasse nicht geschaffen worden sei. Kollege Klein ermahnte in seinem Schlusswort die Kollegen zur Einigkeit. Der weitere Punkt der Tagesordnung, Aussprache über die Anträge zur Generalversammlung, rief nur wenige Redner auf den Plan. — Das Vereinsleben ist in letzter Zeit ein sehr rohes, nur dürften die Versammlungen etwas besser besucht werden. Die Neuausgewählten trafen fast reiflos in unsern Verband ein, nur in Waldkirch mußte unter dem Druck der Geschäftsleitung ein Ausgewählter zum Güterbandung überföhren. Der Geschäftsgang läßt teilweise sehr zu wünschen übrig. Bei den Seibern sind Verkürzungsarbeiten und Entlassungen an der Tagesordnung, während bei den Druckern teilweise Hochkonjunktur herrscht.

Gera. Am 29. Mai tagte eine außerordentliche Versammlung, die sich mit dem Ergebnis der letzten Tarifauschubstung beschäftigte. Zuerst begrüßte den Vorsitzenden Freußel die Kollegen Theodor Polter zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum und Ernst Schubert zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum. Mögen die Jubilare im Interesse der Organisation und des Verbandes noch recht lange tätig sein. Nachdem ein Kollege Aufnahme gefunden hatten, gab der Vorsitzende das Resultat der Tarifauschubstung bekannt. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kollegen mit dem minimalen Ergebnis sehr unzufrieden sind.

Kanau. In der am 30. Mai in Wschaffenburg tagenden Bezirksversammlung berichtete Gauvorsitzer Conradi (Mannheim) über die Gauvorsitzerkonferenz und die Tarifauschubstung. Das Ergebnis der letzteren wurde von dem einzelnen Diskussionsrednern als kein die Allgemeinheit befriedigendes Resultat hingestellt, das durch die inzwischen längst überholte und der Not des Tages in keiner Weise entspreche. Andererseits wurde aber anerkannt, daß die Gehilfenvertreter unter den gegebenen Verhältnissen herausgeholt hätten, was nur irgend zu erreichen gewesen wäre, und daß nur ein baldiger Abbau der Lebensmittelpreise die Lebenshaltung der Arbeiterschaft günstiger beeinflussen könne.

12. Köln. In der am 29. Mai abgehaltenen Versammlung der tariffreien Gehilfen des Kreises II gab Gehilfenvertreter Albrecht einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Tarifauschubes in Leipzig und des Kreisamts in Köln. Dem beifällig aufgenommenen Bericht folgte eine längere Aussprache, an der sich auch Kollegen aus Benrath, Düsseldorf und Solingen beteiligten. Von allen Rednern wurde lebhaft bedauert, daß die Verhandlungen des Kreisamts in Köln eine Klärung der ab 5. April d. J. den Gehilfen gewährten Belegungsulage um 25 Proz. für verheiratete und 40 Proz. für ledige Gehilfen gestiftet hätten. Dieses klägliche Ergebnis sei bei den vorherrschenden Steuerungsverhältnissen für die Gehilfen unannehmbar. Bis auf den heutigen Tag ständen die Buchdrucker mit ihrem Einkommen noch hinter andern Berufen zurück. Gerade den Buchdruckern seien gegenüber allen andern Arbeitern zu allererst Steuerungsulagen gewährt worden und dadurch hätten sie am schwersten unter der wirtschaftlichen Not leiden müssen. Eine Kürzung der Belegungsulage bedeute eine vollständige Verneinung der augenblicklichen Lage und frage den neuerlichen Preisfestsetzungen in keiner Weise Rechnung. Mit überwiegender Mehrheit wurde folgende Entschlossenheit des Kollegen Stromlicht angenommen: „Die Kreisversammlung lehnt entschieden den Beschluß des Kreisamts auf Abbau der Sonderzulage ab und verlangt die reichliche Zurückführung der Beschlässe des Tarifauschubes ohne jede Verzögerung der Sonderzulage für das besetzte Gebiet.“

B. Kreisfeld. In der sehr stark besuchten Bezirksversammlung am 30. Mai berichtete der Vorsitzende B. Jahren u. a. über die letzte Kreisamtsitzung in Köln. Mit Anzuredenheit nahm die Versammlung den Beschluß des Kreisamts entgegen, wie solche auch in der anschließenden Diskussion von sämtlichen Rednern mit scharfen Worten zum Ausdruck gebracht wurde. Ist die diesmalige vom Tarifauschub festgesetzte Lohnverhöhung durchaus nicht den Verhältnissen der Zeit entsprechend, so bleibt der Kölner Kreisamtsbeschluß, der den Verhältnissen in Rheinland-Westfalen noch weniger entspricht und sogar eine Verleumdung der Löhne ist schon auf Vermutungen hin bringt, geradezu unverständlich. Wurde auf der Kreisamtsitzung von dem Prinzipalen die Behauptung aufgestellt, die Lebensmittelpreise seien im Falle begriffen, und dabei einzig und allein nur die Margarine angeführt, die des hohen, nach einer längeren erlassenen Verordnung nicht mehr zulässigen Wassergehalts wegen aus dem Verkehr verdrängt wurde, so ist das durchaus kein Beweis für die Richtigkeit der gemachten Behauptung. Würden von gleicher Seite die Hamburger Lebensmittelfransporte auch noch herangezogen, so ist darauf einfach zu erwidern, daß diese Transporte nach Berlin, wo, nebenbei bemerkt, die Lebensmittelfrage leichter zu lösen ist wie irgendwo, gingen und nicht in das in jeder Beziehung teure rheinische Gebiet und auch nicht in das in Betracht kommende rheinisch-westfälische Industriegebiet, denn hier hat man von einem solch geschätzten reichen Segen an billigen Lebensmitteln bisher nichts gespürt, vielmehr bekommt man davon auch nichts zu spüren. Was neben der Lebensmittelfrage auch noch die Bekleidungsfrage heutzutage eine sehr große Rolle spielt, scheinen die Prinzipale ganz außer acht zu lassen. Seitens der Prinzipale ein wenig mehr soziales Verständnis zeigen und die Löhne den wirklichen Lebensbedürfnissen anpassen, wäre sehr am Platze. Nicht mit schönen Worten hantieren, sondern durch Taten beweisen, daß das, was sie den Gehilfen aufkommen lassen, von ihnen ernst gemeint ist. Kann der Gehilfe wieder ein menschenwürdiges Dasein führen, dann wird auch die Ruhe im Gewerbe wieder eintreten. Durch den Beschluß der Kölner Kreisamtsitzung wird das Gegenteil erreicht.

Ludwigslust. Der Bezirksverein Südwest-Mecklenburg (Süd Ludwigslust) hielt am 30. Mai seine zweite diesjährige Versammlung ab, zu der recht viele Kollegen aus den umliegenden Druckerorten erschienen waren. Vorsitzender Apth begrüßte die Erzhörsenen. Dann richtete er Begrüßungsworte an den in der Versammlung anwesenden Kollegen Müller, der am 11. April auf eine 50jährige Buchdruckerlaufbahn zurückblicken konnte, und überreichte dem Jubilar im Namen der Bezirksvereinsmitglieder ein namhaftes Geldgeschenk, das dieser mit Worten aufrichtigen Dankes entgegennahm. Leider ist es dem Jubilar seit den letzten sechs Jahren nicht mehr vergönnt, beruflich tätig zu sein, doch die Freude an der organisierten Beschäftigung hat er sich trotzdem nicht nehmen lassen, so daß er bald sein 25jähriges Bezirkskollatorjubiläum auch noch feiern kann. Wir wünschen, daß ihm auch dieser Wunsch noch erfüllt werden möge. Hierauf erstattete Gauvorsitzer Wahnke (Schwerin) einen ausführlichen Bericht von der letzten Tarifauschubstung und nahm darauf Anträge zum nächsten Gauauftrag entgegen. Nach einer Aussprache und Berichterstattung aus den verschiedenen Druckerorten über die Einführung der Steuerungsulage, welche zu keinem Monita Veranlassung gab, wurde die Versammlung nach Erledigung interner Angelegenheiten geschlossen.

Mentel. In eben Streich mußten am Montag, dem 7. Juni, die hiesigen Kollegen treten, weil die Prinzipale sich weigerten, die berechtigten Forderungen der Gehilfen zu erfüllen. In Anerkennung der ganz außerordentlich teuren Verhältnisse im abgrenzten Nemegebiet hatten die hiesigen Prinzipale bei örtlichen Verhandlungen Anfang März d. J. außer einer wöchentlichen Wohnzulage von 40 Mk., noch das Versprechen abgegeben, den Gehilfen diejenige Steuerungsulage zu zahlen, welche bei Annahme des Schiedspruchs für teure Orte tariflich festgelegt werden wird. Diese überlebens gemachte Zulage wollten die Prinzipale jetzt aber nicht einlösen. So daß die Gehilfen den Eindruck gewinnen mußten, es sei den Prinzipalen nicht um die reichlichen 5 Mk. zu tun, sondern eher um eine Machprobe ihrerseits den Gehilfen gegenüber. Diese Erkenntnis bewog die Gehilfen, ihre Forderung energisch zu vertreten und am Montagmorgen die Arbeit niederzulegen. (Kilnarbeiter und Lehrlinge erklärten sich solidarisch und traten dem Streik geschlossen bei.) Als die Prinzipale das geschlossene Verhalten ihrer Arbeiter sahen, bewilligten sie noch im Laufe des Vormittags die streikenden 5 Mk., so daß die Arbeit noch an demselben Tage mittags aufgenommen werden konnte.

Minden. Die Tagesordnung unserer Versammlung am 7. Mai war eine sehr reichhaltige. Der Hauptpunkt: „Bericht über den Gauauftrag“, mußte bis zum Schluß verlegt werden, da die eingeladenen Kollegen aus Bad Homburg und Wübbede erst später erscheinen konnten. Kollege Z. Schulz beleuchtete die augenblickliche Lage unseres Gewerbes, die im allgemeinen nicht als eine günstige anzusprechen ist. Im Zusammenhänge hiermit kam er auf die Tarifauschubstung zu sprechen. Die neue Tarifbestimmung wurde von der Versammlung begrüßt. Hierauf konnte Kollege Stremling den Bericht über den Gauauftrag geben. In klaren Ausführungen schilderte er die Verhandlungen und in den Versammlungsbefürchtern hatte er aufmerksame Zuhörer. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit fand keine Diskussion statt.

El. München. Die Ortsvereinsversammlung am 17. Mai nahm nach Erledigung einiger Aufnahmen von verschiedenen wichtigen Mitteilungen Kenntnis. Mit

den aus Anlaß der in letzter Zeit vorgekommenen Zerstörungen unternommenen Schritte für Gewährleistung vollkommener Freiheit erklärte sich die Versammlung einverstanden. Die Kreisberichte des Gaues über das vierte Vierteljahr 1919 und des Ortes über das erste Vierteljahr 1920 wurden gutgeheißen und beiden Kreisorten einstimmig Entlastung erteilt. Wann nahm man zum Tarifauschubergebnis Stellung, worüber anderweit berichtet worden ist. Zum Gauauftrag in Regensburg wurden drei Anträge angenommen, welche verlangen: Im Falle der Trennung des Gaues bildet München mit seinen Vororten einen eignen Gau. Zur Propaganda und wirtschaftlichen Aufklärung im Sinne der Schaeferischen Broschüre sowie anderer Tagesfragen in der Provinz sind geeignete Kräfte freizustellen. In allen Jahren, in denen eine Verbandsgeneralkonferenz stattfindet, ist ein Gauauftrag so frühzeitig einzuberufen, daß er vor dieser Versammlung liegen kann. Zur Wahl der Delegierten zum Gauauftrag wurden 28 Mandatanten aufgestellt. Zur Frage der sich auf dem Papiermarkt immer läßtbarer machenden muckerischen Preisfestsetzungen nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschlossenheit an: „Die heutige, sehr zahlreich besuchte Versammlung der durch die Praktiken einzelner Papierbarone in ihrer Existenz schwer bedrohten Buchdrucker-Gehilfen soll durch die Reichsregierung, den an Bucher grenzenden Preisfestsetzungen auf dem Papiermarkt energisch entgegenwirken. Es ist eine feststehende Tatsache, daß, während die Druckpapierfabriken Riesengewinne erzielen, das graphische Gewerbe, die Zeitungsbetriebe mitgeschloffen, zum Teil mit erheblichen Unterbilanzen arbeiten. Brechen diese Betriebe zusammen, so werden mit ihnen Tausende und aber Tausende Arbeiter und Angestellte das Opfer vieler kapitalistischen Papierfabriken sein. Aus diesem Grunde protestieren die heute Versammelten gegen die bis jetzt angewandte verkehrte sozialistische Wirtschaftspolitik sowie gegen den Geld- und Währungsbesitz eines engen Kreises der Papierfabrikanten und fordern geeignete Maßnahmen zur Festlegung von Papierpreisen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Rechnung tragen, nicht zuletzt im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands.“

Solingen. In einer am 1. Juni hier abgehaltenen Versammlung, an der auch Kollegen von Dillias und Wald teilnahmen, wurde nach Entgegennahme des Berichts über die Tarifauschub- sowie Kreisamtsitzung des Kreises II durch den Kollegen Albrecht (Köln) das materielle Ergebnis dieser Verhandlungen mit tiefem Ingrimm und unter heftigstem Protest abgelehnt. In der Behauptung der rheinisch-westfälischen Prinzipale entgegenzutreten, daß im beschlossenen und Industriegebiet keine normalen Verhältnisse bestehen in der Lebenshaltung, um aber auch den Gehilfenvertreter zu der am 5. Juli erneut stattfindenden Kreisamtsitzung mit gegenteiligen einwandfreien Material zu versehen, wurde aus der Mitte der Versammlung angeregt, daß die werbesträgen Kollegen sowie auch die ledigen eine genaue Aufstellung über die wöchentlichen Ausgaben der unbedingt zum Leben notwendigen Bedarfsartikel machen sollen. Das auf diese Weise gesammelte Material sollte dem Kollegen Albrecht übermitteln werden.

-tz. Stuttgart. (Maschinenmeisterverein. — Situationsbericht.) Am 21. Generalversammlung fand am 20. März statt bei nächster Beteiligung der Mitglieder. Vorsitzender Säner erstattete in umfassender Weise den Jahresbericht; ein Rückblick auf ein aufblühendes, arbeitreiches Jahr. In ehrender Weise gedachte er der Dahingeschiedenen. Eine Resolutionserhebung hatte sich innerhalb des Vereins gebildet, deren Ömann und Schriftführer nun auch dem Vorstand angegliedert sind und die eine rege Tätigkeit entfalten. Vorsitzender Säner war mit keinem Mittel zu bewegen, eine Wiederwahl anzunehmen; einstimmig wurde deshalb Kollege Frank als erster Vorsitzender gewählt. Mit zwei Änderungen ist der alte Vorstand wieder beklommen. Der frühere langjährige Vorsitzende, Kollege Lober, wurde in Anbetracht seiner Verdienste Ehrenvorsitzender. Gauvorsitzer Klein sprach einige Worte über die allgemeine Lage, Tarifauschubstung und Generalkonferenz. Am Schluß gab Kollege Säner einen Überblick über den gemeinsamen mit dem Graphischen Klub abgehaltenen Juristikkursus, bei dem in 13 Abenden 22 Kollegen in Schrift-, Platten- und Bildzurichtung aufs beste unterwiesen wurden von zwei Kollegen des Vereins. Der Mitgliedsbestand beträgt 500. Als Einleitung zu einem Kursus in Wesen kleineren Schäden an Stereos und Galvanos war am 16. April eine Zusammenkunft, woran anschließend Herr Müller (Firma Reicher & Müller, Galvanoplastische Anstalt) an acht Abenden 52 Kollegen, davon 14 vom Solinger Verein, in seinem Geschäft aufs beste unterrichtete; Herrn Müller sei auch an dieser Stelle verbindlichster Dank gesagt. Herr Hildenbrand (Photohaus Schwaben, Hildenbrand & Simpelbroder) hielt am 11. Mai im Landesgewerbetum einen Vorkursus über „Farbenphotographie“, der sehr gut besucht war und alle Anwesenden aufs höchste befriedigte. — Die letzte Mitgliederversammlung am 1. Juni erfreute sich sehr guten Besuchs. Nach reichhaltigen Vereinsmitteilungen, Ermahnung zur rechten Anwendung und Ausnutzung des Bekleidungsgegenstandes und Begrüßung der ausgereikten jungen Kollegen durch den Vorsitzenden, ergriff Obermalzmeister Müller das Wort zu seinem Vortrag: „Der Schmitz, seine Ursache und Verhütung“, unterstützt durch eine große Sammlung Vergleichsabbildungen. Hinführligstenfalls sei es die Anwesenden, dabei alle Arten und Auswüchse dieser Berufskrankheit behandelt, ohne heilkunde Rezepte zu verschaffen. Reicher Beifall lohnte ihm, und eine anregende Debatte schloß sich an. Auch an dieser Stelle sei Herrn Obermalzmeister Müller bestens gedankt. Der Vor-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 73. — Leipzig, den 6. Juli 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Vom Papierkriegschauplatz

Also bestellte die „Arbeiterzeitung“ in Wien Mitte Mai eine Rolle, worin sie allerlei Unerbauliches über Maschinenfabriken mit dem Papier miszufassen wußte. Die Organisation der österreichischen Presse hat der Regierung gegenüber sich auferstehend erklärt, mehr als 5 Kr. für ein Kilo Zeitungspapier aus eigener Tasche zu bezahlen. Wenn die Verhandlungen der Regierung mit den Papierfabriken zu keiner Verständigung über einen geringeren Preis führen würden, müßte das österreichische Zeitungsgewerbe eben zusammenbrechen. Am schlimmsten standen die Dinge in Ungarn. Die Zeitungsherausgeber hatten bereits den Entschluß gefaßt, am 1. Juli zu schließen und waren schon zu Kündigungen an ihre Personalgruppen geschritten. Da legte sich die Regierung ins Mittel, bemittelte Beihilfen zur Papierbeschaffung und sorgte vor allen Dingen für Papiereinfuhr aus dem Uberschuhlande Schweden. Das Kilo geringsten Zeitungspapiers kostete in Ungarn schon 70 Kr., aus Schweden bezogen wird es mit 80 Kr. bezahlt werden müssen. Der Verkaufspreis eines Blattes würde also auf 5 bis 6 Kr. zu stehen kommen. Das wäre natürlich gleichbedeutend mit dem Tode der Presse. Die von der ungarischen Regierung nun eingeleitete Papierwirtschaftsstille hat den Papierkilopreis auf 30 Kr. festgelegt; die beträchtliche Differenz zu den Selbstkosten trägt der Staat. In England ist namentlich für die Zeitschriften die Lage schwierig geworden. Die Druckpreiserhöhung beläuft sich zwar nur auf 200 Proz., die des Papiers aber auf 600 Proz. Mit den Ausschlußmitteln: Einschränkung des Umlages sowie Erhöhung des Bezugs- und des Einzelpreises, ist man auch schon am Ende. Das Eingehen von Zeitschriften nimmt nur zu. In Finnland hat der Reichstag gegen die seit 1. März d. J. eingetretenen außerordentlichen Erhöhungen der Papierpreise Front gemacht. Die Regierung soll sie rückgängig machen, soll vor Bewilligung von Papierausfuhr erst für Bedarfsdeckung zu erträglichen Preisen im eigenen Lande sorgen und soll ferner zur Gründung einer staatlichen Papierfabrik schreiben, an der sich das Zeitung- und Buchdruckgewerbe durch Erwerb von Aktien beteiligen kann. Im Ausland sollen die bolschewistischen Zeitungen nur noch an die offizielle Sowjetinspektoren abgegeben werden können, weil Papier und Farbe immer mehr fehlen. Papiermangel und Papiernot bestehen mit Ausnahme von Schweden wohl überall, selbst aus Nordamerika kommen heftige Klagen. Dort sollen die Zeitungen den Anzeigenteil einschränken durch Verkleinerung der Inserate. Das wollen sie aber nicht, denn das bringt weniger ein. Von einem Stufgarer Kollegen erhielten wir eine Menge Ausschritte aus amerikanischen Zeitungen, die in höchst drastischer Weise die Papiernot und den Papierwucher jenseits des großen Kanals widerspiegeln. Am drücklichsten ist aber doch eine vom „Palmer Magazine“ gebrachte Notiz, derzufolge das „Cachowanna-Journal“ auf braunem Einlagepapier gedruckt wurde und quer über die ganze erste Seite in großer Schrift seinen Lesern mitteilte: „Dieses Papier kostet uns 14 1/2 Cents das Pfund; 4 1/2 Cents mehr als das Bleich, das man selber darin einwickelte.“ Das ist gewiß ein sehr drastischer Vergleich. Man liest in diesen Ausschritten auch von verhältnismäßig tiefen Zeitungseinstellungen infolge dieser Verhältnisse. Allerdings sind wir in Deutschland darin bestärkt wiser. Leider! Vornehmlich über alle Zeitungen vernimmt man jetzt Tobenschriften. Es ist also bereits von einem Papierkriegschauplatz zu sprechen. Kohle und Papier sind eben die begehrtesten Artikel in der Welt.

Wir haben in Nr. 59 über die vom Tarifausschuss ausgehende Aktion gegen die unbilligen Zustände in Deutschland mit den Papierpreisen und einen Überblick von denselben gegeben. Der „Zeitungsvorlag“ machte hierauf aufmerksam, erwähnte die Wichtigkeit eines neuen Verfahrens, das auf der Wiederverwertung von Altpapier basiert und besetzte nochmals die Notwendigkeit der Verbilligung des eigentlichen Rohstoffes, des Papierholzes. Die Zeitungsvorlegerorganisation hat nach dieser Richtung viel getan, ist aber damit bei den Stellen nicht durchgedrungen, die am ehesten hier helfen könnten. Das sind die Einzelstaaten, die aus ihren Wäldungen so viel als möglich herauszuschlagen wollen und deshalb im Holzwucher ein recht unbilliges Beispiel geben. Welt die Kohle fehlt, wird Brennholz in unbemessenen Mengen gebraucht und mit Überpreisen bezahlt. Setzt sich darin ja nun auch eine Erhöhung ein. Was hat aber auf das Papierholz noch keine direkte Einwirkung.

Die Reichsregierung wollte auf dem Verordnungsweg die Beschaffung von Holz für Zeitungsdrukpapier zu solchen Preisen in die Wege leiten, daß eine Verbilligung des Druckpapiers die Folge sein müßte. Das sollte in der ausgesprochenen Absicht gesehen, um namentlich die kleine und die mittlere Presse vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Aber der nicht als schriftlich verbriefte Reichsrat (Bundesrat) machte nicht mit. Man sah ein, daß hier etwas geschehen müßte, jedoch haben die Einzelstaaten nach der sogenannten Verwirklichung der Steuern und der Eisenbahnen keine besonderen Einnahmequellen mehr und wollen deshalb die Ergebnisse ihrer Forsten

nicht vermindern. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums wies bereits auf die der Presse drohenden Gefahren hin, auch die nicht im publizistischen Interesse liegenden vielen Zeitungsaufkäufe durch die Schwerindustrie wurden von Dr. Kirch warnend angeführt. Es nützte nichts. Die Herren Reichsräte blieben — es war in der vorletzten Matwoche — hochbeinig, sagten aber im Wege freier Vereinbarung die Minderung größerer Mengen Papierholz zu einem billigeren Preise zu. So wählten sie die „Vorhöllerei“ der Einzelstaaten. Verchiebende von denselben werden ja ein Einsehen haben, erfahrungsgemäß bringen es aber einige größere nicht dazu.

Die Reichsregierung hat nachträglich vom März beginnend und bis Ende Juni gedend für die Tagespreise zusammen 10 Mill. Mk. ausgelegt, um so zur Senkung der ungeheuerlichen Papierpreise etwas beizutragen. Es würde also eine Rückvergütung bis zu einer Mark für das bezogene Kilo Papier eintreten. Das ist immerhin etwas wert. Da der Kilopreis noch mindestens 3,10 Mk. betragen würde, die Zeitungsvorleger aber auf ihrer außerordentlichen Lagung in Dresden erklärt haben, mit einem höheren Preis als 2 Mk. ihre Betriebe nicht aufrechtzuerhalten zu können, so ist die Lage also noch schwierig genug. Außerdem muß bedacht werden, daß die Zeitschriften (auch die Gewerkschaftsblätter), der Bilder- und der sonstige Druck bis jetzt noch keine Vergünstigung bei den Papierpreisen erfahren. Das die „Papierzeitung“ von einer „Liebesgabe an die Zeitungsvorleger“ spricht, ist eine sehr starke Sache angesichts der ganzen Umstände. Die von den Papierfabrikanten erzwungenen Überpreise verdienen aber jedenfalls eine solche Reuezeichnung.

Der von den Papierbaronen sehnlichst erwarteten und von ihnen ja bei der neuen Preisregelung im Mai gewissermaßen schon vorgelesen gewordenen weiteren Kohlenpreiserhöhung hat die Regierung vorerst keine Folge gegeben, wenn auch die Kohlenherren nicht ganz schablos blieben. Aber den Papierfabrikanten ist doch ein wichtiger Vorwand genommen, weiter noch zu treiben. In der „Papierzeitung“ kann man etwas erleben, wenn ein Verbraucher einmal das Thema „Preissturz“ angeknüpft hat! Sogar mit Produktionseneinschränkung wird schon getipelt, um nur ja nicht zu einer Preislenkung kommen zu lassen. Ob die vom Deutschen Buchdruckervereine in die Presse gebrachten Mitteilungen über die Notlage der Buchdrucker mit entsprechenden Siffern über die Papierpreise einen bestimmten Druck ausüben werden, bleibt abzuwarten.

In der „Magdeburgerischen Zeitung“ ist anscheinend (uns fehlt der Schluss des Artikels) von dem Vorliegenden der Zeitungsvorlegerorganisation ein Artikel zur Frage der Papierpreise veröffentlicht worden, in dem Dr. Faber erklärt, er habe sich an das Reichswirtschaftsministerium gewandt, um entsprechend der Senkung der Holzpreise auch eine Herabsetzung der Papierpreise herbeizuführen, damit die Zeitungen und Zeitschriften nicht vollends zugrunde gehen. Darauf hat er vom Unterstaatssekretär Dr. Kirch folgende Antwort erhalten:

Wenn auch in letzter Zeit eine Senkung der Holzpreise eingetreten ist, so kann sie sich zunächst schon deshalb nicht in den Papierpreisen bemerkbar machen, weil die Papierfabriken erst die früher eingekauften Holzbestände verarbeiten müssen. Im übrigen werden Preislenkungen des Holzes, wie sie jetzt in die Erscheinung treten, zur Zeit noch durch andre preissteigernde Umstände, wie Erhöhung der Kohlenpreise und Löhne, zum großen Teil ausgeglichen.

Die Preisbildung auf dem Papiermarkt wird von hier aus aufmerksam verfolgt. Gegen Firmen, die sich des Preiswuchers schuldig machen, wird durch Strafanzüge sowie durch wirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere durch Beschränkung des Kohlenkontingents, eingeschritten. Es ist dringend erwünscht, wenn die Verbraucher diese Bestrebungen durch Vorlage von Material unterstützen. Der Artikelredakteur in der „M. Z.“ bemerkt dazu, wer denn die Papierfabriken kontrolliere, wenn sie die alten Bestände aufgearbeitet haben und nun billiges Holz verwenden? Das ist auch eine — Preisfrage, wie manches noch in dieser amlichen Antwort, bei der man wohl die Wollschaff hört, wenn auch der Glaube daran fehlt. In dem Antwortschreiben des Unterstaatssekretärs Dr. Kirch wird auch gesagt, die Ausfuhr von Papier ist grundsätzlich gesperrt. Nur im Ausnahmefalle, wenn dringende Gründe vorliegen, könnte von diesem Standpunkt abgegangen werden. Das ist sehr notwendig, denn die Papierfabriken wollten vor einiger Zeit in weitem Maße die Genehmigung zur Papierausfuhr erlangen. Das das Reichswirtschaftsministerium diesem Verlangen nicht zugestimmt hat, ist anzuerkennen. Hätte es dem Verlangen der Papierfabrikanen nachgegeben, dann wären die Preise für den Inlandsbedarf noch ansehnlich gesunken. Dies verweist auf haben, ist ein Verbleib der Arbeitervertreter in der betreffenden amlichen Stelle, namentlich der aus dem graphischen Gewerbe.

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat am ersten Sitzungstage zum Papierwucher eine Resolution angenommen (siehe Nr. 71 auf der zweiten Seite) und dabei sogar Einmütigkeit erlangt. Was in Nürnberg die Redaktionskommission ausgearbeitet hat, geht weit hinaus über das, was der

Tarifausschuss im Mai von der Regierung verlangte. In Nr. 59 haben wir uns in einem Artikel gegen die Papierpreiswirrwahll schon auf einen Standpunkt gestellt, der dem untrer Generalversammlung ganz nahekommt. Wir wünschen, daß die Nürnberger Resolution nun zu einem besseren Ergebnisse führt als die Aktion des Tarifausschusses.

Eine erfreuliche Meldung brachte am 25. Juni der „Zeitungsvorlag“. Nach Mitteilungen in bayerischen Zeitungen sollte am 1. Juli abermals eine namhafte Erhöhung des Zeitungspapiers eintreten. Das Organ der Zeitungsvorleger berief sich demgegenüber auf eine Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums, daß beschlossen worden sei, unter keinen Umständen einer erneuten Erhöhung der Preise zuzustimmen; selbst dann nicht, wenn die Kohlenpreise noch steigen sollten. Der „Zeitungsvorlag“ bemerkte dazu, die Situation lasse sogar „eine baldige wesentliche Senkung des Papierpreises erwarten“. Wenn man nicht schon so viel Enttäuschungen erlebt haben würde, könnten diese zwei sehr bestimmt lautenden Erklärungen ohne weiteres für bare Münze genommen werden. So aber wollen wir doch noch abwarten, um dann, wenn es Tatsache wird, was hier angekündigt worden ist, um so freudiger zu begrüßen. Es wird wohl nicht so leicht sein, den Papierfabriken, die einen Kleinstappetit bei der Preistreiberlei bekommen haben, beizubringen, daß sie den Bogen überpannt haben.

Das „Börzenblatt für den Deutschen Buchhandel“ enthielt am 12. Juni einen Sprechsaalartikel von einem Münchner Verleger. Dieser sieht einen förmlichen Alarmruf schon mit der Überschrift aus: „Die Papierpreise sinken!“ Dann zog er daraus seine Schlüsse auf den Buchdruck, womit wir uns noch an anderer Stelle beschäftigen werden, und kritisierte Verleuerungspraktiken der Papierfabriken und Papierhändler. Was die letzteren darin zu leisten vermögen, hat der Vorliegende des Deutschen Buchdruckervereins in der letzten Hauptversammlung an einem Falle gezeigt. Ein Papierhändler machte ein Angebot zu 20 Mk. das Kilo, das er am andern Tag auf 12 Mk. ermäßigte. Bei der Größe des in Frage kommenden Objektes machte das einen Unterschied von über 200 000 Mk. aus! Ein anderer Prinzipal wußte von einem ähnlichen krassen Wuchererfall zu berichten. Die „Deutsche Verlegerzeitung“ brachte in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls eine Meldung über Preisrückgang und warnte vor Papieranhäufen. Die „Papierzeitung“ meinte dazu, daß die Verleger die Papierpreise drücken wollten, sei nicht verwunderlich, aber es komme ihm wesentlich darauf an, welcher Teil es am längsten aushalte. Das war eine sehr kurze, aber recht deutliche Verneinung, daß die Papierpreise sinken werden. Am 1. Juli brachte dann die „Papierzeitung“ eine offizielle Erklärung von dem Gesamtausschuss der Fachgruppen der Papierindustrie, die auch dem „Börzenblatt“ als Erwiderung auf die erwähnte alarmierende Notiz zugegangen ist. Es wird darin gesagt, da Holzschiff, Zellstoff, Kohle und Löhne keine Tendenz nach unten erkennen lassen, so könnten auch die Preislenkungen für Karten und Altpapier keine Rolle spielen. Es sei nach wie vor nicht möglich, den Papierbedarf auch nur einigermaßen unter Subventionen von deutschen Rohstoffen zu decken. Das stimmt jedoch nicht, denn tatsächlich ist jetzt eine Anzahl von deutschen Zellstoffabriken in Betrieb — auch ein Stimmes besitzt schon einige —, die doch nicht unwesentlich billiger produzieren, als wenn der Zellstoff nur aus dem Auslande bezogen werden müßte. Die teure amerikanische Kohle und das Holzöl brauchen die Papierfabriken auch nicht mehr zu verwenden. Das eine statische Zahl mit Wasserarbeit arbeitet, verschweigen die Papierwucherer konsequent. Der Gesamtausschuss lehnt aus allen die Konsequenz: Mit dem Sprechsaalartikel im „Börzenblatt“ seien Hoffnungen erweckt worden, deren Optimismus die tatsächlichen Verhältnisse gar zu sehr verkennt. Es sollten keine Erwartungen aufkommen, die sich sehr bald als fröherlich herausstellen würden! Man wird es danach begreifen, daß wir im vorhergehenden Absatz den Optimismus des Reichswirtschaftsministeriums wie des „Zeitungsvorlages“ pessimistisch beurteilen. Wer in der „Papierzeitung“ zum Ausdruck kommende Widerstand aber soll und darf trotzdem nicht nachgebend sein, der Papierwucher wird und muß energig bekämpft werden. Es ist das, wie wir schon öfters erklärt haben, eine Existenzfrage für die Gehilfenchaft.

Nach einem Situationsbericht über die lächliche Papierindustrie in der „Papierzeitung“ soll die deutsche Papierindustrie nur um 40–50 Proz. leistungsabläßig sein gegenüber der Friedenszeit. Das ist an sich eine niedrige Schätzung. Wenn es aber Tatsache wäre, dann sind die wucherischen, den Papierbedarf erheblich überdeckenden Papierpreise viel schuld daran. Von den Löhnen wird behauptet, sie hätten eine „schwindelhafte Höhe“ erreicht. Wir haben uns bei der Organisation der Papierarbeiter über die Löhne erkundigt und erfahren, daß durch den seit Jahresfrist bestehenden Reichsarbeiter eine unerkennbare und allgemeine Verbesserung eingetreten ist. Früher und bis noch zum Jahre 1917 waren die Löhne recht niedrig. Wie lo jetzt stehen, kann aber von einer „schwindelhaften Höhe“ absolut nicht gesprochen werden. Sie sind nicht

